



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0178/2020

Vorlage: ST/0173/2020		Datum: 15.09.2020		
Dezernat 3				
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.:		
Betreff:				
Antrag des Beirates für Migration und Integration - Gedenktafel Frank Bönisch Zentralplatz				
Gremienweg:				
30.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
21.09.2020	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen

Stellungnahme:

Für die Durchführung dieser Maßnahme können Mittel aus dem Bundesförderprogramm „Demokratie leben!“ bis max. 3.000,00 € beantragt werden. Entsprechend der Richtlinien wäre ein Förderantrag durch einen lokalen Verein einzureichen. Da es sich bei „Demokratie leben!“ hauptsächlich um eine Projektförderung handelt, sollte der antragstellende Verein neben der Anbringung eines Gedenksteins/einer Gedenktafel zusätzliche Angebote in Form von Informationsveranstaltungen, Aufklärungsarbeit, o.Ä. leisten.

Voraussetzung für die Förderung durch „Demokratie leben!“ ist die Bewilligung des Antrags durch den Begleitausschuss sowie zusätzlich die Anbringung des Förderlogos auf dem Gedenkstein/der Gedenktafel.

Weiterhin ist zu prüfen, ob die entstehenden Kosten anteilig durch den EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen übernommen werden können

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird aufgefordert, Vorschläge für geeignete Formen der Präsentation und die jeweiligen Kosten für den Haupt- und Finanzausschuss vorzubereiten und eine entsprechende anteilige Finanzierung über das Projekt „Demokratie leben!“ sowie durch den EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen zu prüfen.